

# Atomkontrollen kosten zusätzlich

SPD-Politiker fordert im Fall des Exports der Hanauer Fabrik nach China Entgegenkommen der Wiener Behörde

**Berlin** (AFP/KNA/deh). Sollte die Bundesregierung darauf bestehen, die Hanauer Plutoniumfabrik bei einem Verkauf nach China durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) kontrollieren zu lassen, müsste sie wahrscheinlich die Kosten dafür tragen. Um den Streit über die Exportpläne mit dem Grünen zu entschärfen, hatte das Kanzleramt vorgeschlagen, die Anlage in China durch die IAEO überwachen zu lassen. Nach einem Bericht der „Financial Times Deutschland“ sagte die chinesische Regierung in der Vergangenheit in mehreren ähnlichen Fällen zwar zu, die betreffenden Anlagen für Inspektionen der IAEO zu öffnen.

Zu Kontrollen ist es nach Angaben der Zeitung bisher jedoch nur gekommen, wenn die Regierung des exportierenden Staates die Kosten übernommen habe. So zahle Japan jährlich rund 10 000 Dollar für die Inspektion eines Reaktors, der mit japanischer Beteiligung gebaut wurde. „Die Überwachung der Mischoxid-Anlage würde erheblich mehr kosten“, sagte ein Diplomat im Umfeld der IAEO.

Die deutschen Kirchen lehnen die von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) vorgeschlagene Aufhebung des europäischen Waffenembargos gegen China ab. Bei der Vorstellung des „Rüstungsberichts 2003“ der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung sagte deren Vorsitzender, Stephan Reimers, am Montag in Berlin, China erfülle weder die deutschen noch die Kriterien der Europäischen Union zur Genehmigung von Rüstungsexporten. Obwohl auch der französische Präsident Jacques Chirac, und EU-Ratspräsident Silvio Berlusconi das Anliegen

Schröders beim EU-Gipfel in Brüssel unterstützt hatten, hält es die grüne Bundestagsabgeordnete Michaela Hustedt für äußerst unwahrscheinlich, dass das Waffenembargo bald fällt. Schließlich müsse diese Entscheidung einstimmig gefällt werden, sagte sie dem Tagesspiegel. Reimers kritisierte auch den geplanten Verkauf der Hanauer Anlage. Wer dabei von einem „zivilen Geschäft“ spreche, vereinfache in unverantwortbarer Weise. Reimers warf der Firma Siemens, die die nie in Betrieb gegangene Fabrik verkaufen will, mangelnde Sensibilität vor. Wenn die Firma darauf verweise, dass China bereits Atomwaffen besitze, und es daher nicht auf eine militärische Nutzung ankomme, unterlaufe sie „alle ethischen Unternehmensstandards“.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber dagegen sagte dem Tagesspiegel: „Die IAEO sollte da vorsichtiger sein.“ Schließlich steige Deutschland gerade aus der Atomkraft aus, bleibe aber dennoch Mitglied in der IAEO und zahle jedes Jahr einen Beitrag von rund 25 Millionen Euro. „Wir legen hier Anlagen still, die die Behörde nicht mehr überwachen muss, da sollte die IAEO vielleicht etwas Entgegenkommen zeigen“, sagte der SPD-Klimaexperte. Die Debatte darüber, ob es noch rechtliche Möglichkeiten gebe, den Export der Hanauer Anlage zu stoppen, bezeichnete Kelber als „Zirkus“. Allerdings hätte er sich ein „klares politisches Signal der Missbilligung für das Geschäft gewünscht, damit die Bürger verstehen können, worin die Linie der rot-grünen Energiepolitik besteht“.

Dagegen sagte die grüne Energieexpertin Michaela Hustedt dem Tagesspiegel, wenn es nicht möglich sei, zu kontrollieren, ob die Plu-

toniumanlage in China tatsächlich zivil genutzt werde, „muss man eben zurück auf Los gehen und auf den Export verzichten“. Grünen-Chef Reinhard Bütikofer sagte, die Vorstellung, die Anlage könne in China durch die IAEO überwacht werden, sei „ein ganzes Stück entwertet“ worden. Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD) bewertete die Debatte am Montag als weniger tragisch. Sie „beeinträchtigt nicht das Ansehen Deutschlands als Vorreiter bei den erneuerbaren Energien“, sagte sie.

## Friedliche Atome

Die Internationale Atomenergiebehörde IAEO unter dem Dach der Vereinten Nationen existiert seit 1957. Sie entstand aus der „Atoms-for-Peace“-Initiative des US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower. Die Behörde soll den sicheren und friedlichen Umgang mit Kernenergie überwachen. Das Hauptquartier ist in Wien – weitere Standorte gibt es in Genf, New York, Toronto und Tokio. Labore befinden sich zudem in Seibersdorf (Österreich), Triest (Italien) und Monaco. Für die IAEO arbeiten 2200 Mitarbeiter aus mehr als 90 Ländern. Die Behörde steht dem Wunsch der Bundesregierung mit Skepsis gegenüber, dass die Hanauer Atomfabrik nach dem Export nach China von ihr kontrolliert wird. IAEO-Generaldirektor al Baradei ist der Ansicht, dass seine Behörde dazu nicht verpflichtet sei. Die offiziellen Atomwaffenmächte wie China werden normalerweise nicht von der IAEO kontrolliert. **Tsp**